

„Es liegt eine Art Tabu über dem Wort >Kapitalismus< - als ob schon durch dessen Nennung seine bösen Geister ausbrächen.“ (S.98)



**Vorstellung der Staatsbroschüre
des „...ums Ganze!-Bündnisses“
in der Reihe Krise.Kapitalismus.Kritik**

Versuch einer Zusammenfassung der Staatsbroschüre des „...ums Ganze!-Bündnisses“

In seiner Broschüre „Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit“ legt das „ums Ganze! - Bündnis“ 2009 eine linksradikale Gesellschaftskritik vor, in der zentrale Begriffe diskutiert werden. Es geht um Herrschaft, die in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung angelegt ist. Kapitalismus ist nicht nur eine Wirtschaftsordnung, sondern ein Herrschaftsverhältnis, in dem sich die ökonomischen Akteure immer auch selbst beherrschen müssen und in dem sie doch nie vor Krisen sicher sind. Kritik trifft deshalb alles, auch die falschen Alternativen der Linken: Das „...UMS GANZE!“ - Bündnis will keinen sozialeren oder nachhaltigeren Kapitalismus, sondern gar keinen. Wesentlich ist es deshalb dem Bündnis, den Systemcharakter von Herrschaft herauszuarbeiten, der sich aus der Struktur der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ergibt. Freiheit und Gleichheit produzieren in ihrer bürgerlichen Form Ungleichheit und Ohnmacht – das wird im Text entwickelt. Diese Staatskritik soll auch ein Diskussionsangebot sein – prima!
Fazit der Broschüre ist die Utopie, die Herrschaft von Staat und Kapital abzuschaffen, „diesen wahnsinnig anstrengenden und opferreichen Unsinn des Kapitalverhältnisses und der gesellschaftlichen Konkurrenz loszuwerden, mitsamt der Form Staat, die diese zwanghafte und konflikträchtige Ordnung mehr oder weniger autoritär zu regieren und zu steuern versucht.“ (S.101) Da die Menschen täglich unter großen Mühen ihren Blödsinn selbst produzieren, müssten sie ihn auch überwinden können. Wie aber eine gesellschaftliche Praxis jenseits des Teufelskreises von Staat und Kapital aussehen sollte? Genau darüber, über den Weg in den Kommunismus, ist zu diskutieren. Es wird vor allem um die Bruchstellen gehen müssen, aber auch um die Frage, ob wir es wagen, den Strukturen Namen zu geben, in sie einzugreifen und wie weit Alternativen überhaupt anfangen können zu existieren.

Jetzt zur Broschüre in Kurzform.

Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit. Zur Kritik des kapitalistischen Normalvollzugs, hg. „...UMS GANZE!“-Bündnis, 2009

Kapitel 1: Normalvollzug als Katastrophe

Historisch hat der Kapitalismus leistungsfähige und differenzierte Industrien hervorgebracht – „eine organisierte gesellschaftliche Macht gegen die Naturverfallenheit primitiver Existenz“. (S.15) Doch diese Jahrhunderte der Entwicklung sind voll von Gewalt und Elend. War früher primitive Naturverfallenheit Zwang, so ist heute eine neue, bezwingende Abhängigkeit entstanden. Produziert wird nicht nach Bedürfnissen, sondern unter den Zwängen der Kapitalverwertung. Seit 1989 müssen auch entwickelte Industrieländer alle gesellschaftlichen Ressourcen für den Wettbewerb mobilisieren, das militärische und sozialstaatliche Einkapseln ging mit dem Kalten Krieg zu Ende. (S.15)

Wenn auch nicht gleichgültig ist, mit welcher Politik auf strukturelle Krisen reagiert wird, so ist doch der kapitalistische Normalvollzug bereits die Katastrophe. Krisen und humanitäre Katastrophen sind nur eine Frage der Zeit, denn sie gehören zum System.

Kapitel 2: Kapitalismus und Staat – Staat und Weltmarkt

In entwickelten kapitalistischen Ökonomien leben die Menschen als Privateigentümer in ständiger Konkurrenz. Doch in der Konkurrenz geht es nicht um die Suche nach dem „Guten Leben“ oder besten Lösungen für Bedürfnisse o.ä., sondern hier realisiert sich der Verwertungszwang

kapitalistischer Gesellschaften. Der Verwertungszwang erscheint gleich der Konkurrenz als Naturgesetz. Das Dasein als Staatsbürger ist so selbstverständlich wie die Stellung in der Konkurrenz und der kapitalistische Zwang zum Selbstzwang. (S.17)

Kapitel 3: Kritik ums Ganze

Staat, Kapital und Weltmarkt bilden ein konfliktträchtiges Herrschaftssystem, das sich in allen Alltagssituationen manifestiert. Deshalb kann es nur als Ganzes bekämpft werden. „Wer sich nur um vermeintlich konkrete Problemlösungen kümmern will, verfehlt meist deren Entstehungszusammenhang in der staatlich vermittelten kapitalistischen Konkurrenz.“ (S. 18)

Aus einer emanzipatorischen Perspektive sind meistens alle pragmatischen Politikansätze falsch oder dumm. In Folgenden geht es um die Funktionsbestimmung des bürgerlichen Staates und um die Verstaatlichung des Individuums, das sein Überleben in permanentem ökonomischen Wettstreit mit anderen produzieren muss. (S. 19,20)

Kapitel 4: Der bürgerliche Staat als politische Form und Gewalt der kapitalistischen Produktionsweise

Damit die kapitalistische Konkurrenz nicht in Gewalt endet, wird eine Instanz benötigt, die außerhalb der Konkurrenz steht und deren Voraussetzung schützt – der bürgerliche Staat als Hüter des Rechts und Träger des Gewaltmonopols. Nur so kann der Verwertungsprozess dauerhaft geschützt werden. Damit die kapitalistische Produktionsweise funktioniert, braucht der ökonomische Verdrängungswettbewerb allgemeine Regeln und Verträge, die eingehalten werden müssen und die der Staat mit seinem Recht garantiert. Hier stehen sich die Staatsbürger als freie und gleiche Rechtssubjekte, die sich als Privateigentümer anerkennen, gegenüber (und nicht im Wettbewerb betrügen etc.). (S.21) Ohne eine Instanz, die Recht und Gesetz garantiert, würde ökonomische Konkurrenz immer wieder in direkte Gewalt umschlagen. Der staatliche Eigentumsschutz zementiert allerdings wiederum diesen Zustand; wer kein Privateigentum hat, ist gezwungen, seine Arbeitskraft zu verkaufen. (S.26)

Kapitel 5: Ungleichheit und Herrschaft unpersönlicher Zwänge als Inhalt bürgerlicher „Freiheit“ und „Gleichheit“

Wenn auch im Grundgesetz Freiheit und Gleichheit an der Spitze der Grundrechte genannt werden, so werden diese doch nicht materiell gewährleistet. Sie existieren nur formell über die freie und gleiche Rechtspersönlichkeit der Individuen als Privateigentümer.

In der bürgerlichen Freiheit sind die Menschen für ihren ökonomischen Erfolg selbst zuständig, doch sie unterliegen dem Zwang der Konkurrenz, müssen gegen die Interessen anderer arbeiten. Freiheit bedeutet Vertragsfreiheit und Bestimmung über Eigentum oder eigene Arbeitskraft. Der Staat wacht „neutral“, ist aber doch abhängig von den Steuern, weshalb er ein parteiisches Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung hat.

Im Rechtsstaat werden alle gleich behandelt, doch gerade daraus folgen Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Die schlimmsten Folgen dieser gesellschaftlich produzierten Ungleichheit werden im Sozialstaat abgemildert, was auch den Vorteil hat, den Staat als Sozialstaat aus der Ziellinie der Kritik zu bringen. Aber auch ökonomisch erfolgreiche Individuen machen die Erfahrung, dass bürgerliche Freiheit und Gleichheit nicht dem hohen Anspruch dieser Worte nahe kommen, sondern dass die Unterwerfung unter den Verwertungszwang und die permanente Konkurrenz immer neue Ängste und Ohnmacht produzieren. Steuerungsversuche versagen, da am Markt der Sieger erst im Nachhinein entschieden wird. Konkurrenzzwang und Krisendynamik der kapitalistischen Reproduktionsordnungen stellen die exklusiven Freiheitsgewinne der bürgerlichen Individualität auf ein wackliges Fundament. (S.29)

Kapitel 6: Gewalt und Konkurrenz - der bürgerliche Staat und seine politischen Existenzbedingungen

Gewaltmonopol, Gleichheit vor dem Gesetz und Schutz des Privateigentums sind Voraussetzungen der kapitalistischen Konkurrenz, ohne sie könnte sich der kapitalistische Akkumulationsprozess nicht entfalten. Ausgeprägte demokratische Freiheitsrechte sind aber nicht konstitutiv für kapitalistisches Wachstum. Die Elemente Gewaltmonopol, Rechtsgleichheit, Vertragsfreiheit und Privateigentum erscheinen als selbstverständliche Bedingungen des gesellschaftlichen Umgangs und werden im Alltagsbewusstsein als

Ausdruck der menschlichen Natur aufgefasst. Das Kapitalverhältnis entwickelt sich, unter den staatlich garantierten Formbestimmungen, zu einem System gesellschaftlicher Abhängigkeiten, in denen die Menschen zu privatem Egoismus ebenso wie der Staat zu nationalökonomischem Egoismus gezwungen sind. (S.31)

Krisentendenzen und Weltmarktkonkurrenz prägen die Politik im bürgerlichen Staat, der aber durch die Eigentumsgarantie die gesellschaftliche Produktion nicht steuern kann. Ein zentrales Steuerungsinstrument fehlt, denn die materielle Grundlage des gesellschaftlichen Lebens ist kein Gegenstand der Politik. Doch gibt es durchaus verschiedene Strategien, auf Konjunkturschwankungen zu reagieren, verschiedene ordnungspolitische Modelle und Steuerformeln – was zum Gegenstand sozialer Kämpfe wird, die sich oft auf den Versuch beschränken, ein paar Privilegien zu verteidigen (Lohnniveau...), statt systemgefährdende Forderungen einzubringen. (S.32/33) „Eine Politik ums Ganze muss deshalb immer zugleich Antipolitik sein: Der Versuch, die konstitutiven Beschränkungen und Vorentscheidungen der politischen Form aufzubrechen.“ (S.33) (Kommentar: Schwanken zwischen Staatskritik und dem Vertrauen in die Möglichkeiten staatlicher Politik. Ein paar gefälschte Papiere, so meinen sie zB, könnten über Krieg und Frieden entscheiden, was die enormen Gestaltungsmöglichkeiten des Politischen zeige. Wenn auch kein Souverän einfach zwischen Protektionismus und Globalisierung wählen könne, so könne doch Politik den Druck der nationalen und internationalen Konkurrenz verschieden verteilen und damit Lebenschancen fördern oder durchstreichen. Das sei ein Grund, Politik zu machen. Noch mehr aber ein Grund, „das Politische in seiner bürgerlichen Formbestimmtheit, d.h. in seiner Beschränktheit abzuschaffen, und die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst in die Hand zu nehmen.“ S.33, vgl. Kapitel 2)

Kapitel 7: Entwicklungseinheit von Staat und kapitalistischem Privateigentum zur bestimmenden Form gesellschaftlicher Herrschaft

In der historischen Entwicklung wurde die persönliche oder ständische Verschmelzung ökonomischer und politischer Macht von einer Ordnung verdrängt, in der die Konkurrenz gleichberechtigter Privateigentümer von einem institutionell verselbstständigten und gegenüber jedem Individuum gleichermaßen souveränen Staatsapparat regiert wurde. Die Entwicklung verlief über die geldvermittelte Ausbeutung territorialer und auswärtiger Reichtumsquellen (Naturraum und Arbeitskraft). Seehandel und koloniale Ausbeutung spielte neben der Intensivierung der Ausbeutung heimischer Ressourcen eine wichtige Rolle.

Der Weg lief über Entrechtung, Enteignung und Trennung von Subsistenzmitteln hin zur Freiheit zum Selbstzwang. (S.36/37) Privateigentum und Konkurrenz erwiesen sich als wachstumsstark – Staat und Privatwirtschaft funktionieren als nationalökonomische Zugewinnsgemeinschaft mit getrennten, aber voneinander abhängigen Aufgabenbereichen. (S.38) Daraus folgt die These: Der Staat gehört zum Fundament des Kapitalismus, ist nicht sein Überbau. Demokratie ist nicht zwingend seine Form. (S.40)

Kapitel 8: Integration der Klassengesellschaft zum Staatsbürgerkollektiv

Wichtig für die Systemstabilität ist die Integration aller Klassen; so auch der Arbeiterklasse, die auf Basis materieller Besserstellung eingebunden wird. In Konkurrenz der Staaten untereinander zählt auch das nationale Bildungswesen. Die Abhängigkeit der Staatsbürger vom Erfolg der nationalen Reichtumsproduktion überlagert das Klasseninteresse. (S.41) Das liberale Klasseninteresse an freiem Wettbewerb wurde zum nationalökonomischen Gesamtinteresse, aus Klassenkämpfen dagegen wurde sozialpolitischer Ideenwettbewerb. Aus Staatsperspektive ist der Wettbewerb das zu moderierende Instrument der Planung und Steuerung. Alle aber sind dem widersprüchlichen Gemeinwohl verpflichtet. (S.44)

Kapitel 9: Staat als ideeller Gesamtkapitalist - und das Individuum

Das Kapitel handelt von den Beamten, die einen Treueid abzuleisten haben. Außerdem von Geld, das mehr ist als ein banales Tauschmittel. Währungen sind Instrumente staatlicher Machtentfaltung. Der Staat handelt als ideeller Gesamtkapitalist nicht nur in Notlagen oder Krisen, sondern stetig in der Notwendigkeit, die heimische Wirtschaft zu fördern und sie zu protegieren, um den sozialen Frieden durch Transferleistungen zu sichern. Alle Einzelinteressen muss der Staat dabei beständig relativieren am übergeordneten Interesse des möglichst großen und

nachhaltigen Wachstums seiner Nationalökonomie, was wiederum allen zu Gute kommt. (S.47) Damit ist der integrierte bürgerliche Staat nicht einfach nur ein Interessensvertreter oder Erfüllungsgehilfe einer Klasse, denn auch die Proletarier sind anerkannte Quellen des nationalen Reichtums. Wegen der Abhängigkeit wiederum aller von Wachstum bzw. den Verwertungskrisen des nationalen Gesamtkapitals nehmen auch alle immer wieder den Standpunkt des ideellen Gesamtkapitalisten ein. Hier entsteht die Schizophrenie staatsbürgerlicher Existenz: ein Widerspruch zwischen dem kapitalistischen Zwang zu Eigennutz und der Loyalität gegenüber dem Staat. (S.49)

Kapitel 10: Staat als Sachverwalter nationaler Konkurrenz um den Reichtum der Welt

Staaten sind zu sehen als die weltpolitischen Sachverwalter und Agenten der globalen Verwertungschancen ihrer nationalen Ökonomien am Weltmarkt. Der Weltmarkt erscheint - wie der Markt - als Ort harmonischer Tauschbeziehungen. Doch selbst formal gleichberechtigte Terms of Trade gehen zu Lasten des schwächeren, weniger produktiven Handelspartners. Obendrein hängen beide Seiten in der gegenseitigen Abhängigkeit fest zusammen: Angesichts der Entwicklungsdynamik des Kapitalismus ist für die ökonomisch unterlegenen Staaten die Öffnung und Produktion für den Weltmarkt die einzige Möglichkeit, an Technologie und Kapital zu kommen, während den entwickelten kapitalistischen Staaten der Zugang zu Märkten und Ressourcen garantiert wird. (S.51)

Kapitel 11: Staatssozialismus?

Der kapitalistische Weltmarkt war dem Modell des staatssozialistischen Blocks auf Dauer überlegen. Dessen Bankrott zeigt aber auch, dass diese Länder alles andere als kommunistisch oder sozialistisch waren. „Denn eine kommunistische Gesellschaft emanzipiert sich von der ökonomischen Konkurrenz, vom Wettstreit um den privaten und geldwerten >Tausch< von Gütern als Waren.“ (S.55) Doch statt Produzentenautonomie regierte Staatszwang, weshalb die meisten Menschen und Arbeiter des Sozialismus die staatlichen Planziele nicht als ihre Zwecke erkannten. „Die Staatsmacht wiederum hat ihr Menschenmaterial immer wieder durch gezielt eingesetzte >Marktelemente< zu mehr Einsatz angehalten. Das funktionierte auch - und sagt damit einiges über den sogenannten >Markt<, der eben doch eine Leistungspeitsche ist. Die Menschen entschieden sich dann 1989/90 einfach für das Original: Selbstzwang mit Aussicht auf private Reichtumsprivilegien, statt Staatszwang ohne. (...) Der Ostblock fiel in einem Kalten Krieg. Aber nicht durch diplomatische Eiszeit oder kuscheligen >Wandel durch Annäherung<. Sondern weil sein autoritärer, >integraler Etatismus< (Max Horkheimer) in einer sich ständig verschärfenden Produktivitätskonkurrenz nicht mithalten konnte, und sich folgerichtig im Rüstungswettlauf übernahm. Der Untergang des Staatssozialismus beweist nicht, dass eine herrschaftsfreie Gesellschaft unmöglich ist, sondern dass er selbst keine war - auch weil der kapitalistische Westen ihn von Anfang an daran hinderte, eine zu werden.“ (S. 54)

Kapitel 12: Betriebs- und Staatstreue der Lohnarbeit unterm Konkurrenzzwang

Die Unterscheidung der Staatsbürger nach ihrer Klassenlage hat sich heute in eine Vielfalt scheinselfständiger Lebenslagen aufgelöst, doch die meisten Menschen müssen ihre Arbeitskraft gegen Lohn verkaufen und sind als Lohnabhängige vom Konkurrenzserfolg „ihrer“ Arbeitgeber und damit wiederum vom Erfolg oder Misserfolg der nationalen Reichtumsproduktion in der Weltmarktkonkurrenz abhängig. Die Chancen eines Einzelkapitals am Weltmarkt hängt von der Währung ab, in der es bilanziert wird, und damit von der ökonomischen Potenz des heimischen Staates. Soziale Garantien kapitalistischer Staaten wiederum sind an Steuereinnahmen gebunden. Diese sind gerade dann besonders gefragt, wenn das Steueraufkommen sinkt: in Zeiten einer gesamtwirtschaftlichen Flaute oder Krise. „Und so sorgte etwa in Deutschland die konjunkturelle Großwetterlage dafür, dass ausgerechnet die Sozialdemokratie den größten Sozialabbau der Geschichte durchzusetzen hatte.“ (S.55)

Kapitel 13: Steuerungsverlust des Staates in der neoliberalen Globalisierung?

Die Entwicklung als staatlichen Steuerungsverlust zu beklagen, ist irreführend. Die kapitalistische Weltmarktkonkurrenz war und ist eine Wachstumsstrategie der führenden kapitalistischen Nationalökonomien. Sie ist nicht dereguliert, denn der liberalisierte Weltkapitalismus setzt ein umfassendes System zwischenstaatlicher und internationaler

Abkommen über den Kapital- und Warenverkehr voraus. Die kapitalistischen Industriestaaten entwickelten sich von Anfang an in einer globalisierten Verwertung heimischer Kapitale. Gerade Exportweltmeister Deutschland ist vom Weltmarkt besonders abhängig. (S.57) „Doch die Rede vom Steuerungsverlust ist zugleich Ideologie. Sie verfehlt die wirkliche Rolle des Staates, und zwar aufgrund naheliegender, aber dennoch falscher, eben ideologischer Annahmen über den Kapitalismus als ganzen. Staat und kapitalistische (Weltmarkt-) Konkurrenz werden nicht als Funktionsaspekte einer umfassenden Herrschaftsordnung erkannt.“ Die Wirtschaft erscheint immer wieder als natürliche Sphäre der Produktion. Weshalb auch die kapitalistischen Formbestimmungen des Ökonomischen „naturalisiert“, d.h. als selbstverständliche Bedingungen von Produktion angesehen werden. „Dem gegenüber erscheint der Staat als einzig umfassend handlungsfähige und deshalb fürsorgepflichtige Instanz.“ Die Gesellschaft von Staat und Kapital hat sich unter endlosen Verwertungszwängen tatsächlich gegen die Menschen verselbstständigt, die doch genau diese Gesellschaft tagtäglich selbst hervorbringen. Der Ruf nach staatlicher Steuerung verharmlost die systemischen Zwänge der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung. (S.62) Im Laufe der Entwicklung wurden große Teile der Produktion automatisiert, um in der Konkurrenz zu bestehen. Doch gerade durch die „erfolgreiche Rationalisierung haben sie auch die Basis der Massenintegration durch wachstumsstarke industrielle Lohnarbeit selbst untergraben.“ Fazit: „Der globale Kapitalismus ist also beides: ein hoch reguliertes, und dennoch im Ganzen nicht steuerbares System gesellschaftlicher Herrschaft.“ Denn es ist unmöglich, den kommerziellen (und damit auch nationalökonomischen) Wert einer privaten Produktion oder Investition am heimischen Markt oder am Weltmarkt vorherzusehen, weshalb der kapitalistische Zwang zu maximaler Produktivität und Rentabilität in letzter Instanz ein unpersönlicher Zwang ist. (S. 63)

Kapitel 14: Mobile Frontverläufe gesellschaftlicher Konkurrenz: Ideologien von >Rasse<, >Geschlecht<, Kultur und Religion

„Doch das nüchterne Diktat der >baren Zahlung< blieb während der gesamten bürgerlichen Epoche immer von Ideologien kollektiver Identität begleitet, die das Alltagsbewusstsein und das Selbstgefühl der meisten Menschen nachhaltig präg(t)en. Wo die vorausgesetzte >Autonomie< des bürgerlichen Individuums beständig durch unpersönliche Zwänge der Verwertung frustriert wird, versprechen Imaginationen kollektiver Identität Entlastung und Orientierung.“ „Rasse“, Geschlecht, Kultur und Religion gehören zu den wirkungsmächtigsten. Sie wurden und werden als unumstößliche und „wahre“ Eigenschaften vorgestellt, die die Zugehörigkeit zu einer Gruppe garantieren. Darin liegt ihre ideologische Funktion. Identitätszuschreibungen bilden unter dem ständigen Druck gesellschaftlicher Konkurrenz ein flexibles und immer wider neues System sozialer Rollen und Tabus, über das politische Loyalitäten und Ansprüche gesellschaftlicher Teilhabe gerechtfertigt oder beschnitten werden. „Was gleich bleibt, ist der Schein einer außerökonomischen und vopolitischen Identitätsbegründung, einer Quelle kollektiver Identität jenseits der Fährnisse kapitalistischer Konkurrenz.“ (S.65) Aber die hinter den Rollenzuweisungen verborgenen Konflikte liegen gesellschaftliche, egal ob sie religiös (transzendent) begründet oder als >natürlich< oder >kulturell< legitimiert werden. (S.66) Identitätszuschreibungen spiegeln keinesfalls solche Verteilungskonflikte bloß unmittelbar wieder, denn sie tragen selbst dazu bei, politische Allianzen zu schmieden oder aufzulösen oder Kollektive zusammenschmieden, einen kollektiv versicherten Standpunkt persönlicher Identität zu konstituieren, eine widerspruchsfreie Identität inmitten widersprüchlicher Zumutungen von Staat und Kapital. „Unter der Herrschaft von Privateigentum und Verwertungszwang ist jeder nachdrückliche Identitätsstandpunkt immer zugleich Selbstbetrug und Ausschluss anderer. Und jeder Entwurf widerspruchsfreier Identität (als Teil eines Kollektivs) überspielt reale gesellschaftliche Konfliktlagen und reale gesellschaftliche Ohnmacht, zugunsten tüchtiger Handlungsfähigkeit im Interesse der eigenen Clique.“ (S.67) Trotzdem bleibt persönliche Identität immer provisorisch und grundsätzlich zusammenbruchsgefährdet. Gerade deshalb werden sie aber auch so vehement verteidigt und deshalb sind rassistischer und religiöser Fanatismus keine historisch veraltete Ideologien, sondern tragende Elemente gesellschaftlicher Herrschaft im Kapitalismus. (S.70) Doch die kapitalistische Produktionsweise erzeugt gleichzeitig gegenläufige Tendenzen. Eine Tendenz ist z.B., Geschlechterrollen in Lohnabhängigkeitsverhältnissen einzuebnen: „Der Preis für diesen >Freiheitsgewinn< der Frauen ist ihre neue Abhängigkeit von den Konjunkturen der Verwertung.“ (S.72)

Kapitel 15: Nationalismus als zentrale Ideologie und >objektive Gedankenform< staatsbürgerlicher Kollektive

„Die Konjunkturen des Weltmarkts treffen die Menschen jederzeit als Bürger eines Staates.“ (S.74) Tatsächlich sind die Menschen objektiv vom Schicksal „ihres“ Staates in der Weltmarktkonkurrenz abhängig; das ist im Alltagsbewusstsein selbstverständliches „Wissen“ über die individuelle Existenz. „Dieser gesellschaftlich produzierte Schein einer >naturwüchsigen< Zusammengehörigkeit von Individuum und Staat stiftet eine gefühlte Gewissheit nationaler Identität.“ (S.74) Das Bedürfnis des ohnmächtigen Individuums nach einer versichernden Identität liegt in einer krisenfreien Identität. Hier gewährt die Identifikation mit der Nation „eine trügerische Entlastung von den ständig latenten Krisen und Kränkungen kapitalistischer Vergesellschaftung.“ (S.75) „In rituellen Akten nationaler Kommunion überspringen bürgerliche Individuen ihre gesellschaftliche Konkurrenz, und genießen sich als *die* Schicksalsgemeinschaft, die sie in der übergeordneten Weltmarktkonkurrenz der Nationalökonomien auch tatsächlich *sind*.“ (S.75/76) „Nationale Identität ist also eine allgemeine, objektive Gedankenform kapitalistischer Vergesellschaftung, ein einheitliches, aus struktureller Bedrohung geborenes Bedürfnis. Sie reproduziert die Konflikte, denen sie sich verdankt.“ (Kommentar: Wichtig, dass betont wird, dass das im System kein Hirngespinnst ist...)

Kapitel 16: Gemeinsame ideologische Basis von Nationalismus, Nationalsozialismus bzw. Faschismus

„Die Ideologie des völkischen Nationalismus spricht die Nichtigkeit des Individuums im Verwertungsprozess und seine Abhängigkeit von der staatlichen Schicksalsgemeinschaft offen aus. Doch sie verbindet dies mit dem Versprechen absolut unverbrüchlicher Solidarität und staatlich garantierter Privilegien. Anders als der gewöhnliche staatsbürgerliche Nationalismus versprach der NS, die Windmühlenkämpfe politischer Vermittlung, den Widerstreit gesellschaftlicher Interessen ein für allemal zu beenden, und das ersehnte nationale Privileg durch Maßnahmen eines autoritären Staates durchzusetzen.“ (S.79) „Spiegelbildlich zu seiner ideologischen Doktrin revolutionärer Willkür unterstellte der NS auch hinter den ökonomischen Krisen einen gestaltenden Willen, gewissenlose Mächte, die das Elend der Massen in Kauf nehmen und ausnutzen: das >raffende Kapital< personifiziert durch >die Juden<.“ (S.80) „Kosmopolitische“, national unzuverlässige Agenten eines „raffenden Kapitals“ wurden den „ehrlichen Arbeitern“, also dem „schaffenden Kapital“, gegenübergestellt. (S.81) „Diese Spaltung des Kapitalismus in ehrliche Arbeit und betrügerische Ausbeutung ist Ideologie im engsten Sinn: ein falsches Bewusstsein über den kapitalistischen Vergesellschaftungsprozess, das durch diesen selbst beständig nahegelegt wird, und insofern >notwendig< zu ihm gehört.“ (S.81)

Die antisemitische Projektion unterstellt >den Juden< zentrale Elemente des eigenen, nationalsozialistischen Staatsprogramms: „Weltweite Dominanz als auserwähltes Volk und >Herrenrasse<, rücksichtslose Unterwerfung und Plünderung des Globus (>Lebensraum im Osten<), so weit die Wehrmacht eben reichte.“ (S.81) Zu den historischen Voraussetzungen des Nationalsozialismus in Deutschland gehört das spezifische Verhältnis von Individuum und Staat, wie es sich in der preußischen Monarchie bzw. im preußisch-deutschen Kaiserreich entwickelte (Kommentar: Literaturtipp Martin Greiffenhagen).

„Wie der historische Nationalsozialismus, so entspringen auch die faschistischen Ideologien der Gegenwart den strukturellen Krisen und der konstitutiven Ohnmachtserfahrung kapitalistischer Vergesellschaftung.“ (S.83) Der völkische Antikapitalismus sucht einen autoritären Ausweg aus den Krisen der Kapitalverwertung. In der Krise 2008 ist die Entgegensetzung von >Finanzkapital< und >Realwirtschaft< wieder hoffähig geworden. „Nationalsozialismus und Faschismus sind nicht das ganz Andere der bürgerlichen Gesellschaft, sondern einer ihrer ideologischen Fluchtpunkte.“ (S.84)

Kapitel 17: “Nationale Selbstbestimmung” – zur politischen Ökonomie von Souveränität, Separatismus und “Nationbuilding”

Die ideologische Funktion des modernen Nationalismus besteht in der Integration der miteinander konkurrierenden und einander ausschließenden Bevölkerungsgruppen – hier

wird sie im Zusammenhang staatlich vermittelter Verwertungs- und Verteilungskonflikte massenwirksam. (S.85) Die Entwicklung, das Ende des Kalten Kriegs, bescherte den Kapitalen des Westens nicht nur unerwartete Expansionsmöglichkeiten, sondern verschärfte auch die weltweite Konkurrenz, und damit die Verteilungskämpfe innerhalb der westlichen Industrienationen selbst. Der ökonomische Chauvinismus des freien Weltmarkts kommt offen zu Tage, wenn gefordert wird, dass wirtschaftsschwache Regionen nicht weiter über nationale Transfersysteme unterstützt werden sollten und der Reichtum denen zu gute kommen solle, die ihn mit ihrer „Leistung“ erwirtschafteten. (S.88)

Kapitel 18: Kein „Bedeutungsverlust“ des Staates durch die EU

Europa kann sich nur gemeinsam als integrierte, hochproduktive Wirtschaftszone in der seit 1989 wieder globalen Wachstumskonkurrenz behaupten, seine Schlüsselindustrien können nur im europäischen Maßstab die nötige Kapitalgröße erreichen. Forderungen und Entwürfe einer gemeinsamen politischen und kulturellen Identität Europas reflektieren diesen Umstand: „Protektionismus und einzelstaatlicher Chauvinismus würde allen Beteiligten schaden, während der gemeinsame Währungs- und Wirtschaftsraum den Nationalstaaten der EU zusätzliches institutionelles und ökonomisches Gewicht verschafft. >Europa< wird so zu einem Orientierungspunkt und einer ideologischen Projektionsfläche im Umgang mit den täglichen Zumutungen der Weltmarktkonkurrenz – einer Weltmarktkonkurrenz, der die EU-Staaten im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen ihren gegenwärtigen Reichtum verdanken.“ Doch der Nationalstaat bleibt die zentrale Bezugsgröße in der ökonomischen und ideologischen Vergesellschaftung der Individuen. (S.93) Er würde diese Stellung erst verlieren, wenn sein Steuerprivileg an europäische Institutionen überginge - Europa wäre dann nichts anderes als ein kapitalistischer Staat. (S.95)

Kapitel 19: Liste der kapitalistischen Unvernunft: China, Systemkrise, „Soziale Marktwirtschaft“

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der globalen Entwicklung, v.a. in China, schlägt das kapitalistische Prinzip gegen die Mutterländer des Kapitals zurück. (S.95) (Kommentar: Obwohl sie sich auf S. 16 gegen das Gendern ausgesprochen haben, verwenden sie jetzt Mutterland?) Die Lage ist für beide Seiten prekär. China und die westlichen Staaten sind voneinander abhängig. China kann seine Wachstumsraten nur über seine Exportproduktion für Europa und Nordamerika aufrecht erhalten und gleichzeitig wird die Versorgung der USA mit Krediten wesentlich durch chinesische Dollarreserven aus den Exportüberschüssen garantiert. Unternehmen aus den westlichen Industriestaaten expandieren derweil durch chinesisches Wachstum. (S.97)

„Dem zuständigen Staatspersonal auf beiden Seiten des Pazifiks und in Europa ist bewusst, auf welchem Pulverfass sie da sitzen. 20 Jahre nach dem ideologischen Endsieg kapitalistischer Freiheit sehnen sie sich nach ökonomischer und politischer >Berechenbarkeit<, >Stabilität< und >Nachhaltigkeit<. Auch dafür gibt es Experten: die Deutschen. Sie transformierten ihre nationalsozialistische Volksgemeinschaft unter alliierter Aufsicht in ein ziviles, korporatistisches Gesellschaftsmodell - eine Gesellschaft, in der »Wirtschaft, Arbeitnehmer und Staat in gemeinsamer Verantwortung dazu verpflichtet sind, die Zukunft vernünftig zu gestalten« (Merkel): die >soziale Marktwirtschaft<.“ (S.97) Staatsoffizielle Appelle an die Menschlichkeit der eigenen Ordnung und nach dem >geordneten Wettbewerb< signalisieren oft menschenfeindliche Verhältnisse oder ein deutliches Bewusstsein gesellschaftlicher Krisentendenzen. „Doch es liegt eine Art Tabu über dem Wort >Kapitalismus<. (S.97/98) Ihr beständiges Umschlagen in gesellschaftliche Ohnmacht und Zwang zum Selbstzwang ist ein notwendiges Resultat kapitalistischer (Staaten-)Konkurrenz, deren Krisentendenzen sich nie zuverlässig durch staatliche Steuerungsinstrumente und Gemeinwohllappelle zügeln lassen.“ (S.98)

Jeder Regulationsversuch muss unter den genannten Voraussetzungen widersprüchlich bleiben. „Das Interesse der Bürger, der Unternehmen und des Staates an berechenbaren und krisenfesten Verwertungsbedingungen gerät immer wieder in Konflikt mit ihrem ebenso zwingenden Interesse an privaten bzw. nationalökonomischen Konkurrenzvorteilen. Wie streng die neuen Regeln auch immer ausfallen mögen: Bei Strafe des ökonomischen Ruins müssen kapitalistische Unternehmen solche Regeln immer bis zum Zerreißen strapazieren oder zu umgehen suchen. Merkels Ruf nach »gleichen Wettbewerbsregeln im internationalen Bereich«

richtet sich dem entsprechend nur gegen >unfaire< Wettbewerbsvorteile der auswärtigen Konkurrenz. Weltpolitik bleibt auch in der allgemeinen Krise wesentlich der Versuch, die objektiven Widersprüche der globalen kapitalistischen Konkurrenz im Interesse des jeweils eigenen Staates zu vermitteln - anstatt sie aufzulösen.“ (S.99)

Mit Kapitel 20 endet die Broschüre: Kommunismus!

Kommunismus bedeutet, die Herrschaft von Staat und Kapital samt ihrer Krisen abzuschaffen zu Gunsten einer herrschaftsfreien Gesellschaft, einer kommunistischen Gesellschaft, die ihre Zwecke solidarisch selbst bestimmt. Wenn die Menschen ihre Katastrophen täglich unter großen Mühen selbst produzieren können, dann, so die These, können sie sie auch überwinden, um eine Welt zu gewinnen. (S. 101)

RB